

Einleitung

Marianne Subklew

Wer etwas über Geschichte erfahren will, muß Biographien lesen und zwar nicht die Biographien von Staatsmännern, sondern die viel zu raren Biographien der unbekannteren Privatleute.

Dort wird er sehen: das eine historische Ereignis zieht über das private, d. h. das wirkliche Leben hin wie eine Wolke über einen See. Nichts regt sich, nur ein flüchtiges Bild spiegelt sich. Das andere Ereignis peitscht den See auf wie Sturm und Gewitter, man erkennt ihn kaum wieder. Das dritte besteht vielleicht darin, daß alle Seen ausgetrocknet werden.

Ich glaube, Geschichte wird falsch verstanden, wenn man diese ihre Dimension vergißt.

Sebastian Haffner

Zur Ausstellung

Mit dem Seminar »Praxis des aufrechten Ganges« im November 2001 feierte der Pankower Friedenkreis sein 20-jähriges Bestehen. In Anwesenheit des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse wurde die von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanzierte Ausstellung »Ich wurde mutiger« eröffnet.

Die Wanderausstellung ist ein Ergebnis der anderthalbjährigen Recherche von Marianne Subklew. Martin Hoffmann hat sie gestaltet und mit Andrea Klein und Robert Wendel realisiert.

Während der Forschungen über den Friedenkreis wurden staatliche, kirchliche und private Archive ausgewertet. Außerdem wurden Teilnehmer des Friedenskreises, Gemeindeglieder, Gemeindevorstände, Mitglieder anderer Berliner Gruppen, Journalisten und kirchenleitende Personen interviewt.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte nach Methoden der »oral history«. Wir bitten diejenigen, die sich durch Nichtbefragung zurückgesetzt fühlen, um Verständnis.

Die erzählte Erinnerung der Beteiligten und Dokumente der Gruppe stehen im Mittelpunkt der Ausstellung. Von dem Ansatz her, dass die Geschichte derer, die sich damals für eine politische Selbstbe-

hauptung einsetzten, heute nicht primär aus den Akten der DDR-Machthaber rekonstruiert und begriffen werden sollte.

Außerdem wurde bei der Ausstellungsgestaltung Wert darauf gelegt, dass die Art und Weise, wie in der DDR-Zeit Gruppen gearbeitet haben, deutlich wird. Sie archivierten keine Dokumente und legten keine Mappen an. Vieles wurde schnell wieder vernichtet, damit es nicht die Falschen in die Hände bekamen.

Dieser nicht auf Dauer angelegten Arbeitsweise sollte die Präsentation entsprechen. Dazu gehört u. a., dass Kopien von Dokumenten und Fotos direkt auf Sperrholz geklebt sind.

Aus den Interviews und Archivalien haben die Autoren *ihr* Bild entworfen – 20 Jahre nach Gründung des Friedenskreises und mehr als 12 Jahre nach dem Ende der DDR.

An Hand seiner Geschichte kann exemplarisch gezeigt werden, welche vielfältigen Formen und Möglichkeiten des Widerstandes und des aufrechten Ganges es in totalitären Regimen gibt. Die Mitglieder waren keine Helden, es waren Frauen und Männer, Mütter und Väter, die an einem Punkt ihres Lebens sagten: »Wir halten unser Schweigen nicht mehr aus.«

Der Pankower Friedenskreis

Im Nordberliner Stadtteil Berlin-Pankow, der durch den Bau der Mauer im Jahre 1961 vom benachbarten Stadtteil Wedding abgetrennt war, gründete sich 1981 als eine der ersten Gruppen in Berlin ein Friedenskreis.

Anfang der 80er Jahre hatte die atomare Hochrüstung in Europa ihren traurigen Höhepunkt erreicht. Die Fronten des Kalten Krieges hatten sich verschärft. Beide Seiten, die NATO und der Warschauer Pakt, rüsteten konventionell und atomar auf. Die Raketen SS 20 und Pershing 2 standen in beiden deutschen Staaten und waren aufeinander gerichtet. In Westdeutschland reagierten Menschen auf den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, indem sie sich der Friedensbewegung anschlossen. Höhepunkt war die Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981. Zu fast 300.000 Demonstranten sprachen u. a. die Theologen Heinrich Albertz und Kurt Scharf sowie der Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll. Der Begriff des Wettrüstens bestimmte die politische Diskussion und machte die Absurdität der Situation deutlich.

Nicht nur außenpolitisch bestimmte die Rüstungsfrage die Diskussion. Auch innenpolitisch spürten die Menschen in der DDR eine zunehmende Militarisierung des gesamten Lebens. So war u. a. bereits 1978 für die 9. und 10. Klassen das Schulfach »Sozialistische Wehrezziehung« eingeführt worden, in dem den Schülern militärisches Wissen innerhalb eines regulären Unterrichtsfaches vermittelt werden sollte. Selbst in den Kindergärten stand – auch wenn sich viele Kindergärtnerinnen nicht daran hielten – die Wehrezziehung auf dem Programm.

In dieser Situation der Bedrohung des Lebens durch die Nachrüstung, die wachsende innenpolitische Militarisierung und ermutigt durch die Proteste der westlichen Friedensbewegung gegen die Aufrüstung entstand die regierungsunabhängige Friedensbewegung in der DDR.

1980 fand erstmals auf Initiative der kirchlichen Jugendarbeit die »Ökumenische Friedensdekade« statt. Anfang 1981 entstand die »Initiative Sozialer Friedensdienst« in Dresden.

Der Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen«, ein symbolischer Hinweis auf die erhoffte Entmilitarisierung der Politik, wurde zum Politikum.

Als am 24. Oktober 1981 die Kirchengemeinde Alt-Pankow zu einem Fest »Gegen Todsicherheit – Für den Frieden« eingeladen hatte, ahnten allerdings wohl nur wenige, dass dies die Geburtsstunde des Pankower Friedenskreis werden sollte. Aber die Sehnsucht nach Austausch und Gespräch, nach Freiräumen und Informationen war so groß, dass spontan die Idee entstand, sich in Zukunft regelmäßig zu treffen und über die drängenden Fragen der Zeit ins Gespräch zu kommen.

Die Stimmung, die damals das Land beherrschte, wird exemplarisch an ganz kleinen Sätzen deutlich, die Menschen am 24. Oktober 1981 in der Pankower Kirche auf Packpapier schrieben.

Zu lesen war dort:

Schluss mit der Zivilverteidigung ·
Friedenskunde statt Wehrkunde · Keine
Atomübungen mehr · Geld für Frieden
und Behinderte – nicht für die Rüstung ·
Sei ein deutscher Mann – lehne den
Dienst in der NVA ab!

Über diese Texte war das Ministerium für Staatssicherheit ziemlich irritiert, sodass es „das Ziel [war], die Tafel durch die staatlichen Organe in Augenschein nehmen zu können.“

Vier Wochen nach dem Gemeindefest kamen im Gemeindehaus etwa 50 Personen zusammen und der Friedenskreis war gegründet.

Arbeitsformen

Schnell wurden Arbeitsformen gefunden, die einerseits den verschiedenen inhaltlichen Interessen entsprachen, andererseits auch Gruppen schufen, in denen von der Größe her ein thematisches Arbeiten möglich war. Die Differenzierungen waren auch eine Folge des unterschiedlichen Leidensdruckes, unter dem Einzelne litten.

Während die einen immer weniger mit der atomaren Bedrohung leben wollten, suchten andere für sich und ihre Kinder nach Wegen des Umgangs mit der sozialistischen Volksbildung. Andere wollten Formen gewaltfreien Lebens entwickeln oder über den Zusammenhang von Rüstung und Ökologie nachdenken.

Der »Offene Abend«, zu dem am ersten Freitag im Monat eingeladen wurde, verband alle Arbeitsgruppen.

Um neben den mehr intellektuell-thematisch orientierten Treffen auch eine Möglichkeit zu schaffen, in der ungezwungene informelle Begegnungen möglich sein sollten, wurde eine »Teestube« gegründet.

Koordiniert wurde die gesamte Arbeit des Friedenskreises im »Vorbereitungskreis«, der jeweils am Montag nach dem offenen Freitag zusammenkam.

Für die Gruppen- und Vertrauensbildung waren die gemeinsamen Wochenenden von großer Bedeutung. Ebenso wichtig für diesen Aspekt war die gemeinsame Teilnahme an den »Mecklenburger Friedensseminaren« in den Sommerferien.

Gleich am Anfang seiner Arbeit einigte sich der Friedenskreis auf basisdemokratische Grundsätze, in denen ausdrücklich die Verantwortung des Einzelnen betont wurde. Damit konnte und mußte jeder einzelne nur sein Tun und Reden verantworten. Keiner sollte mit den Aussagen und Handlungen anderer identifiziert werden können, sodass jeder das Risiko, das er zu tragen bereit war, selbst bestimmen konnte.

Das war einerseits ein Ausweichen, eine Form der Risikoverlagerung von der Gruppe weg hin zum Einzelnen; es sicherte gleichzeitig aber auch die Existenzbedingung für den Kreis, nicht nur aus Gründen der Vermeidung eines Verbotes, sondern weil so die Unterschiede an Entschlossenheit oder Handlungsmöglichkeit respektiert werden konnten.

Damit wurde versucht, Zugänge zu dem Kreis formal offen zu halten und unterschiedliche Motivationen und politische Herkünfte zu integrieren. Aus diesem Grundsatz heraus wurde auch entschieden, dass keine Briefe »Im Namen des Friedenskreises« geschrieben und abgesandt wurden.

Frauen

Die Atmosphäre im Friedenskreis war wesentlich durch die Frauen geprägt, die sich in ihm engagierten.

Das MFS zählte 1989 in seinen »Auskünfte(n) über Personenzusammenschlüsse« 703 Personen. Davon waren 192 Frauen. Das sind wenig mehr als ein Viertel.

Frauen machten im Friedenskreis Pankow mehr als die Hälfte der TeilnehmerInnen aus. Darüber waren die Männer erstaunt, so schrieb Hans Misselwitz 1986, »das Verhältnis von Frauen und Männern sei ausgewogen, zeitweilig sogar zugunsten der Frauen verschoben«. Wie ungewöhnlich offenbar diese Zusammensetzung war, zeigt das kleine und doch so aussagekräftige Wörtchen »sogar«. Trotzdem redeten in den großen Runden die Männer häufig mehr, sodass der Kreis eine Regel einführte, die Männern und Frauen abwechselnd das Rede-recht einräumte.

Motive

Die Motive bewegen sich in einer Gemengelage von Gefühlen und Ängsten, Erfahrungen und Sehnsüchten. Die Menschen litten unter politischer Vereinsamung ebenso wie unter der Einsamkeit einer Großstadt. Die eigene gespaltene Sprache – in der Familie und im Freundeskreis einerseits und andererseits z. B. auf der Arbeitsstelle oder in der Schule – wurde als schmerzhaft und beschämend empfunden. Die Angst vor einem Krieg lähmte.

Die Diskrepanz zwischen verkündeten Ansprüchen des Sozialismus und der Wirklichkeit wurde immer größer. Allerdings war der entscheidende Bruch mit dem System schon 12 Jahre früher vollzogen worden. Als die Panzer des Warschauer Paktes die kleine Pflanze der Demokratisierung in Prag niederwalzten, wurde mehr zerstört als die Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus.

Die von der DDR geforderten Loyalitätsbezeugungen zu dieser Politik des Warschauer Paktes ließen – so sie nicht verweigert wurden – ein Gefühl der Beschämung zurück. Das Verletzen der Würde durch die Macht wurde von manchen als so traumatisch erlebt, dass die folgende Verweigerung ursächlich damit zusammenhängt.

Politisches Engagement entsteht nicht nur durch die Wahrnehmung globaler oder lokaler Probleme, sondern aus der Herausforderung an den eigenen Stolz durch die politischen Zumutungen des eigenen Systems. An sich harmlose Verhaltensweisen, wie das Tragen langer Haare, eine Kerze im Fenster, das Tragen des Aufnehmers oder eine unbedachte Äußerung wurden sofort als systemoppositorielles Verhalten verdächtigt.

Dazu kamen politische Ereignisse, die die Bereitschaft zum politischen Protest verstärkten oder motivierten – wie Prag 1968, die Ausweisung Wolf Biermanns 1976, die NATO-Nachrüstungsdebatte und die Stationierung von sowjetischen Atomraketen auf dem Gebiet der DDR.

All diese Erfahrungen führten dazu, dass sich Menschen dem Friedenskreis anschlossen.

Sprache

Der Pankower Friedenskreis versuchte, eine Sprach- und eine Redekultur zu entwickeln, die christlich geprägt friedensstiftend wirken wollte.

Der Friedenskreis war ein Ort, an dem die freie Rede – eine sonst in der DDR wenig praktizierte und noch weniger erwünschte Fähigkeit – eingeübt werden konnte. Die freie Rede hatte aber immer auch den Anspruch, verantwortbares Sprechen zu sein. Nur so konnte mit dem Wissen, dass »Inoffizielle Mitarbeiter« mitschrieben, umgegangen werden. Alles was geäußert wurde, musste gegebenenfalls auch vor den staatlichen Organen verantwortet werden können.

Vertrat jemand „öffentlich“ eine Meinung, die von der herrschenden Ideologie abwich, sah er sich manchmal schnell mit rigiden Maßnahmen des Staates konfrontiert.

In der DDR-Gesellschaft, in der die Kommunikationsstrukturen zum großen Teil autoritär, repressiv und manipulativ waren, bekamen emanzipatorische Sprachansätze eine höchst politische Dimension. Die mühsamen Versuche, eine eigene Sprache zu entwickeln, mit denen man die Wirklichkeit beschreiben konnte, standen neben provokanten Aktionen von anderen Gruppen.

Wenn es freilich einer Gruppe gelang, eine Atmosphäre zu schaffen, in der nicht nur einige wenige Männer viel und lange redeten, sondern sowohl die stilleren Männer als auch die Frauen und die Kinder als ernst zu nehmende Partner zu Wort kommen konnten, dann wurde eine solche Gruppe neben einem Ort der politischen Bildung und sozialer Bindung auch zu einer Sprachschule für die Demokratie.

Öffentlichkeit

Der Pankower Friedenskreis versuchte, unter dem institutionellen Schutz der Kirche eine Art Gegen-Öffentlichkeit zu schaffen, denn es galt und gilt: Kirche ist ihrem Wesen und Auftrag nach öffentlich, oder sie ist nicht mehr Kirche.

Die »Offenen Freitage« wurden im Schaukasten an der Kirche angekündigt. Als diese Abende von bis zu 30 Direktstudenten des MfS geradezu belagert wurden, entwickelte der Friedenskreis zahlreiche Methoden, um dieser Einschüchterung zu begegnen. Diese Veranstaltungen sollten unbedingt frei zugänglich bleiben. Die Teilnehmer des Friedenskreises wollten sich nicht in die Konspiration treiben lassen.

Für die Partei- und Staatsführung waren die Medien und die Öffentlichkeit ein wesentliches und gut gehütetes Element ihrer Herrschaft. Das freie Wort, die freie Information bedrohen in einer geschlossenen Gesellschaft immer die Monopole der Macht. Diese Angst fand für diejenigen, die eigene Vorstellungen von Öffentlichkeit hatten und diese versuchten zu leben, ihren spürbaren Ausdruck in den Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR, die die freie Meinungsäußerung ebenso unter Strafe stellen konnten wie z. B. ein Gespräch mit einem Bürger eines westlichen Landes. Es waren die StGB-Paragraphen § 99 »Landesverräterische Nachrichtenübermittlung«, § 106 »Staatsfeindliche Hetz«, § 219 »UnGesetzliche Verbindungsaufnahme«, § 220 »Öffentliche Herabwürdigung«.

Das von der SED besetzte Informationsmonopol betraf auch die Kirchen. Sie waren von der „offiziellen Öffentlichkeit“ weitestgehend ausgeschlossen. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen nahmen die Kirche und ihre Äußerungen nur insoweit wahr, als sie der staatstragenden Ideologie opportun erschienen.

So entwickelte sich neben der erwähnten „offiziellen Öffentlichkeit“ innerhalb der Kirche eine andere Art von Öffent-

lichkeit. Eingeschränkt durch die bestehende, den Menschen in der DDR sehr bewusste Zensur bildete sich eine sehr beachtete Teilöffentlichkeit.

Die Kirche konnte schon durch ihre Gottesdienste eine Form von direkter Öffentlichkeit herstellen, die dem Zugriff des Staates weitgehend entzogen war.

Die Kirche nutzte ihre Räume, um Foren für Themen oder Probleme anzubieten, die zwar die Menschen bedrückten, die aber nicht öffentlich diskutiert wurden.

Die Art und der Umfang, wie eine Kirchengemeinde Öffentlichkeit herstellte, hing zu einem großen Maße von den Gemeindegemeinderäten, den Gruppen, die innerhalb einer Gemeinde agieren konnten und nicht zuletzt von Pastorinnen und Pastoren ab.

Das galt auch für die Kirchengemeinde Alt-Pankow und den Pankower Friedenskreis, war doch gerade für die Initiatoren der Schritt aus dem Wohnzimmer heraus in eine größere Öffentlichkeit ein Motiv für die Gründung des Friedenskreises.

Die unter den geschilderten Umständen größte Öffentlichkeit wurde mit Aktionen in der Pankower Kirche erreicht. Dazu gehörten u. a. die jährlich jeweils im November durchgeführten »Friedensdekaden«. Dann vorbereitete sich „betriebsame Hektik“ in und um die Kirche herum. Außerdem lud der Friedenskreis meist im Mai zu einem »Gemeindeabend« in der Kirche ein.

Demonstrationen galten, da ihre Teilnehmer sehr leicht zu kriminalisieren gewesen wären, bis 1987 als keine reale Möglichkeit. Erstmals beim »Olof Palme-Friedensmarsch« im September 1987 konnte sich die regierungsunabhängige Friedensbewegung mit eigenen Plakaten relativ frei artikulieren.

Erst 1989 wurde der öffentliche Raum der DDR in aller Breite und mit den möglichen Konsequenzen genutzt. Daran beteiligte sich dann auch der Pankower Friedenskreis.

Ziele

Die politischen Ziele bewegten sich am Rande der Legalität. Der Pankower Friedenskreis wollte die rechtlichen gegebenen Bedingungen in der DDR eher ausschöpfen als durchbrechen.

Die Grenze der Umsetzbarkeit der politischen Ziele waren sehr bewusst. Deswegen gehörte zu den Zielen auch nicht die Einführung einer parlamentarischen Demokratie oder einer Marktwirtschaft. Dies wäre nur über die Abschaffung der DDR gegangen. Abgesehen davon, dass solche Forderungen natürlich strafrechtliche Konsequenzen gehabt hätten, wäre man damit auch der Position des »Klassenfeindes« im Westen nahegekommen, was kaum jemand wollte.

Neben den drei inhaltlichen Säulen

Abrüstung, Militarisierung und

Ökologie

Erziehung und Bildung

Theologie und Glauben

gab es noch einen Aspekt, der eine wesentliche Rolle spielte. Das war der Versuch, Sprach- und Lebensformen zu entwickeln, die die Herausbildung alternativer lebenskultureller Zusammenhänge ermöglichen sollte.

Zwar kam es nicht – wie im Westen im Zuge der 68er Studentenbewegung zur Gründung von Kommunen – aber es blieb die Sehnsucht, andere Formen des Miteinanders auszuprobieren.

Das Unterlaufen staatlicher Repression, ohne Rückzug in die Nische, erforderte die Suche nach Spielräumen. Ein Ansatz war dafür im Pankower Friedenskreis die praktische Politisierung von Lebensformen und Lebensfragen. Themen wie Erziehung, Anders-Leben, Solidarität mit einem Krankenhaus im westafrikanischen Benin, Bäume-Pflanzen etc. mochten unpolitisch sein. Sie formten aber das Legalitätsbewusstsein des Einzelnen, damit verbunden auch das des Kreises.

Die Aufhebung des Ohnmachtsgefühls, also das Herstellen von Legitimitätsbewusstsein und persönlicher Kompetenz,

erzeugte Standfestigkeit und Argumentationsfähigkeit. Daraus folgte zwangsläufig ein Legalitätsanspruch, die selbstverständliche Behauptung, bestimmte Praktiken oder Ziele ohne „Systembruch“ verfolgen zu können. Das wurde unter Politisierung der Lebenspraxis verstanden.

Selbstverständnis

Zu DDR-Zeiten gab es – auf die DDR selbst bezogen – den Begriff »Opposition« eigentlich nicht. Nach marxistisch-leninistischer Definition konnte es keine Opposition geben, da der Bedingung für ihre Entstehung, nämlich „antagonistische Klassengegensätze“, durch die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Grundlagen entzogen waren.

In den schriftlichen Selbstzeugnissen des Kreises wird der Begriff »Opposition« kein einziges Mal verwendet. Das ist nicht verwunderlich, hätte doch eine Selbstverortung / Selbstbeschreibung eines Kreises als politische Opposition zwangsläufig die Kriminalisierung der Gruppe zur Folge gehabt. Insofern wurde das Wort eher aus taktischen als aus inhaltlichen Gründen vermieden.

Aber nicht nur in den schriftlichen Zeugnissen des Kreises fehlt der Begriff »Opposition«. Die Schere im Kopf funktionierte so gut, dass man sich selbst das Denken des Wortes »Opposition« verbat.

Wenngleich sich die Beteiligten nicht als Opposition verstanden, haben die „Gruppen“ im zwangshomogenisierten Machtgefüge der DDR natürlich oppositionell gewirkt. Andererseits sollte der Oppositionsbegriff nicht ausschließlich an die Wirksamkeit oder Funktion abweichenden Verhaltens geknüpft werden, denn gerade in einem repressiven System gelten oft Handlungsweisen als oppositionell obwohl sie gar nicht so gemeint waren.

Zersetzungsmaßnahmen

Unabhängig von ihrem Selbstverständnis wurden die Gruppen vom Staat als eine seine Macht bedrohende Opposition betrachtet. In den Worten des Ministeriums für Staatssicherheit hieß das dann »Politische Untergrundtätigkeit« (PUT) oder »Politisch ideologische Diversion« (PID), oder nach § 107 des StGB der DDR »Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß«, was dementsprechend zu verfolgen war.

Der Pankower Friedenskreis war von den Maßnahmen der Stasi massiv betroffen. Neben mindestens 25 »Inoffiziellen Mitarbeitern« (IM), die über den Friedenskreis berichteten, waren 30 so genannte »Gesellschaftliche Kräfte« und 15 MfS-»Direktstudenten« im Einsatz.

Die SED-Partei, der Staat und das MfS arbeiteten nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus und des »Politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW) zusammen. Für das MfS bedeutete das „ein planmäßig gestaltetes, abgestimmtes kameradschaftliches und von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung geprägtes Handeln des MfS mit anderen Organen in Wahrnehmung ihrer spezifischen Verantwortung und Möglichkeiten.“

Obwohl niemand inhaftiert wurde, waren sich die meisten doch bewusst, dass der Staat immer die Option hatte, dies unter einem Vorwand zu tun. Für diesen Fall hatten viele Pankower Friedenskreisteilnehmer Vollmachten beim Superintendenten oder anderen Personen ihres Vertrauens hinterlegt, in denen festgelegt wurde, wo die Kinder im Falle einer Inhaftierung bleiben sollten.

Das MfS setzte auf die stille Zerstörung des Kreises und seiner Mitglieder durch die subtile Strategie der »Zersetzung«. Dies schien erfolgversprechender, als wenn das MfS eine oder mehrere Personen des Friedenskreises verhaftet hätte und somit möglicherweise über das Land hinausgehende Proteste provoziert hätte.

Wirkungsgeschichte

Der Friedenskreis war ein Ort der politischen Bildung und ein Zentrum von sozialen Bindungen.

Er wirkte bewusstseinsbildend, nahm Hoffnungen auf, entwickelte Visionen, suchte Wege und diskutierte Alternativen.

Im Laufe der 80er Jahre beteiligten sich ungefähr 85 Personen an den Aktivitäten des Pankower Friedenskreises und fühlten sich zugehörig.

Während der Wochen des Umbruchs im Herbst 1989 waren die meisten aus dem Friedenskreis in politischen Parteien oder Gruppierungen aktiv.

Sowohl für diejenigen, die nach 1990 neue berufliche Wege gingen, als auch für die weiterhin in der Politik Engagierten erwies sich der Friedenskreis als ein wichtiger Lernort. Die gewachsenen Freundschaften und Diskussionszusammenhänge haben bis heute Bestand und können je nach politischer Lage, wie z. B. während des Kosovo-Krieges, wiederbelebt werden.

Für die damaligen Kinder ist die Erinnerung an das Engagement der Eltern im Friedenskreis nicht Angst besetzt. Die Kinder empfanden sehr genau, dass sie in der Schule zwar nicht unbedingt Außenseiter waren, aber zumindest unangepasste Elternhäuser hatten. Die von der Elterngeneration geschätzte und beschriebene sozialisierende Wirkung des Kreises erlebten die Kinder ebenso intensiv. Dort fanden sie Freunde und Gleichgesinnte, die sie in ihrem schulischen Umfeld vermissten.

Das Bild von der Kirche ist nachhaltig positiv beeinflusst, auch bei denen, die nicht in ihren Elternhäusern christlich sozialisiert wurden.